

Neue POLITIK

Beiträge zur politischen
Neuordnung

Kommentar- u. Informationsbrief gegr. von Wolf Schenke †

Liebe Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

auf Seite 2 ff. finden Sie einen Beitrag von Henning Frost, den ich der Zeitschrift **ALTERNATIVEN, Zeitschrift für eine ökologische, solidarische, basisdemokratische, gewaltfreie Gesellschaft**, Nr. 66/67, Sommer 2009, entnommen habe. Ich gebe den Text ohne die Grafiken und Fußnoten wieder. Sie können den kompletten Text bei ALTERNATIVE DRITTER WEG (A3W); Georg Otto; 31079 Eberholzen, Gänseberg 11; alternative-dritter-weg@t-online.de bestellen. Außerdem möchte ich Sie an dieser Stelle auf mein Angebot an Büchern in der beiliegenden Bestellliste wie auch im Internet unter www.neuepolitik.com über das "umlaufgesicherte Geld" (Silvio Gesell) hinweisen.

Der Autor Henning Frost verbindet in seinem Text die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) mit einem umlaufgesicherten Geld. Das ist ja gar nicht so schlecht. Das könnte die Diskussion über beide Vorschläge intensivieren.

Wenn ich so manchen Zungenschlägen zum BGE folge, in etwa, "Juchhe, jetzt brauche ich ja nicht mehr arbeiten", dann frage ich mich, wer eigentlich in diesem reichen Land die Versorgung der Alten und Behinderten, die Bildung, das vorzügliche Flughafen- und Straßennetz und die Energiebereitstellung zuverlässig besorgen soll. Sollen das Sklaven in und aus Afrika machen?

Ich habe einen Satz aus dem Beitrag von Henning Forst dunkel markiert: **Ohne eine hinreichende Wirtschaftsleistung ist in der Tat kein BGE möglich.** Ich empfehle auch, 1. Mose 3 der Schöpfungsgeschichte zu lesen. Die Bibel ist ein altes Buch mit manchen klugen Inhalten, auch außerhalb jeder theologischen Wissenschaft oder eines Glaubens.

Viele meinen, ein "bedingungsloses Grundeinkommen" könnte über erhöhte Steuerleistungen "von den Reichen" bezahlt werden. Abgesehen davon, daß ich noch nie eine rundum einleuchtende Erklärung bekommen habe, wer denn "die Reichen" seien, weise ich darauf hin, daß ein Einkommensgefälle durchaus ein Jobmotor sein kann. Die von unseren Politikern und gut bezahlten (reichen!?) Wirtschaftswissenschaftlern flott begleitete De-Industrialisierung Deutschlands, die in Berlin, aber auch anderswo, gut zu besichtigen ist, hat die Chancen einer Wertschöpfung zu Gunsten der Allgemeinheit nicht gerade erweitert. Wo sollen z.B. die weniger gut ausgebildeten Menschen ihr Lohn und Brot verdienen? Wir

bauen lieber Autobahnen, als daß wir unser Bildungssystem gut finanzieren.

Wir haben eine stark rationalisierte Industrie, was mit dem technischen Fortschritt zu tun hat. Wir haben ein negatives Verhältnis zur Landwirtschaft, obwohl die Hungersnöte auf dieser Erde immer heftiger werden.

Mir fällt auf, daß das Wort Industrie jetzt für alle Bereiche des Erwerbs benutzt wird. Ist das Teil einer Gehirnwäsche? Dem Volk wird suggeriert, daß wir ein Industrieland sind und der Wohlstand unser Menschenrecht ist.

Ich wundere mich über meine Landsleute, die immer noch so tun, als gäbe es keine weltweite Systemkrise, mit viel Armut, vor allen Dingen aber mit viel Hunger. Armut läßt sich ertragen, wenn man "etwas zu beißen" und eine warme Stube hat.

Wer also soll das BGE bezahlen? Sie?

Themenwechsel! Es war bisher Konsens, daß Israel und Iran sich gegenseitig brauchen, nicht erst, seit in Israel der Faschistenführer Benjamin Netanyahu wieder Ministerpräsident ist. Dieser braucht den Iran und die dortige (Atom-)Rüstung nicht nur zu seiner ganz persönlichen innenpolitischen Rechtfertigung, sondern auch, um die israelische (Atom-)Rüstung, den Landraub (israelische Siedlungen) und die nadelstichartigen Demütigungen der Palästinenser (die absolute Kontrolle) weiter vorantreiben zu können. Natürlich geht es auch um us-amerikanische Hilfszahlungen an Israel. Solange der Iran zu mindestens den Anschein erweckte, Atomwaffen entwickeln zu wollen, solange erfuhr Präsident Ahmadi-neschad die ganze Zuneigung israelischer Politik.

Der Iran gleicht in seiner religiösen Bestimmtheit dem Staat Israel. Auch der Iran braucht Israel als Projektionsleinwand seiner antibrutischen und anti-amerikanischen Attacken.

Beide Staaten sind den Berichten nach vermutlich amerikanischer als die meisten christlichen europäischen Staaten. In der Wochenzeitschrift DER FREITAG vom 18. Juni vergleicht Vesta Nele Zareh die Hauptstadt Teheran mit der suburbanen us-amerikanischen Stadt Los Angeles. >Wenn in ferner Zukunft der amerikanische Präsident nach Teheran reisen sollte, würde er in Teheran nicht nur die Ruinen eines zweiten Persepolis vorfinden, sondern die Fragmente einer Kultur treffen, die ihm vertraut ist: Eine Generation jungen Iraner hat sich längst ihren eigenen, persisch-interpretierten **American Way of Life** eingerichtet, der die starren Vorstellungen von "islamisch" und "westlich" hinter sich gelassen hat.<

Ich kann nur jedem empfehlen, sich mit der iranisch-persischen Geschichte zu beschäftigen. Der interessanteste Politiker im 20. Jahrhundert war zweifellos Mohammad Mossadegh (1882-1967), wobei Mossadegh ist ein verliehener Titel ist: der Korrekte. Seine Familie und er waren eng mit der iranisch-persischen Geschichte verknüpft. Er war ein Modernisierer und Demokrat, enteignete 1950 die (britische) Ölindustrie in seinem Land und zog sich den geballten politischen und militärischen Zorn der Briten und der US-Amerikaner zu. 1953 wurde Mossadegh als Ministerpräsident von Schah Mohammad Reza Pahlavi abgesetzt, verhaftet und zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Während ich diesen Text schreibe, erinnere ich mich an meine Sympathie als 14-jähriger für Mohammad Mossadegh, trotz der anglo-amerikanischen Gegen-Propaganda in West-Berlin/BRD.

Schah Mohammad Reza Pahlavi war Teil einer ausufernden Korruption. Die sozialen Probleme waren nicht zu lösen. Diese Politik richtete den Iran zugrunde.. Der Schah mußte abdanken (1979) und die Ayatollas übernahmen die Macht. In Wikipedia steht: *Mit Chomeinis Ansichten wurde aus dem schiitischen Islam eine politische Religion.* Das ist vielleicht die kürzeste Beschreibung der iranischen Theokratie.

Ich wiederhole mich: **die sozialen Probleme richteten den Iran zugrunde.** ... richten "die politische Klasse" des aktuellen Iran zugrunde. Alle iranischen Politiker, ob Ayatollah oder nicht, gehören heute "reichen Familien" an, wobei "reich" und "reich" auch ein Unterschied zu sein scheint.

Vielleicht schreiben wir bald: Die Zweite Islamische Revolution im Iran - 2009. Der Hausforderer des jetzigen Präsidenten Ahmadi-neschad, Mussawi, wird in der Wochenzeitschrift DER FREITAG vom 25. Juni von Simon Tisdall (The Guardian) als zu zögerlich und systemtreu bezeichnet. Neben seiner politischen Tätigkeit in der "Theokratie" Iran ist Mussawi als Maler surrealistischer Bilder bekannt. Er ist Leiter der iranischen Kunstakademie. Das ist doch ganz sympatisch, oder? Die nächste Ausgabe des Kommentar- und Informationsbriefes NEUE POLITIK erscheint im September 2009.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Sommer.

Mit freundlichen Grüßen

(Dieter Kersten)

abgeschlossen am 23. Juli 2009

Berechnungen ergeben, daß im Durchschnitt erstaunliche 30 % der Endverbraucherpreise Zinsen sind. D.h., wenn für 1000 € in einem Monat konsumiert (Essen, Trinken, Kleidung, Benzin, Miete, Anschaffungen), dann sind 300 € davon Zinsen, die an die Geldbesitzer gehen. Erhält man selber etwa 300 € Zinsen am Jahresende für sein Sparguthaben, dann hat man diesen Betrag im Januar schon selber bezahlt und die anderen 11 Monate zahlt man 3300 € an andere Geldbesitzer. Jeder zahlt also Zinsen, auch wenn er gar keine Schulden hat!

Nebenbemerkung: Gäbe es keine Zinsen, wären alle Preise im Durchschnitt vergleichsweise 30 % niedriger. Man hätte statt 300 € Zins-Einnahmen 3600 € Ersparnis. Was wäre da günstiger?

Helmut Creutz kommt sogar auf 40 % Zinsanteil. Der Prozentsatz ändert sich im Laufe der Zeit und in Abhängigkeit verschiedener Parameter, von den Zinssätzen aber auch von der Sparquote der Wohlhabenden und Reichen.

Und je größer die angesammelten Geldvermögen insgesamt sind, desto größer wird der Prozentsatz. Wenn die Realwirtschaft die notwendigen Zinserträge nicht mehr erbringen kann, gibt es Probleme. Die Finanzwirtschaft erweitert sich zu einem Wasserkopf oder besser ausgedrückt Krebsgeschwür. Das ist kein guter Weg, sondern die Gefahren wachsen exponentiell an. Und in dieser Lage sind wir schon länger, aber heute - 2009 - ist es nicht mehr zu übersehen.

4. Die Vermögensverteilung in Deutschland und "Die Geldpumpe von Arm nach Reich"

Es wurde eben schon angedeutet, daß wohl für die Mehrzahl der Menschen die Zinseinnahmen aus Geldguthaben eher kleiner sind als diese Zinspreisanteile, die sie im Laufe eines Jahres bezahlen. In den Vermögensanteilen sind alle Arten von Vermögen enthalten, also nicht nur Geldanlagen und Immobilienbesitz, sondern auch andere Sachwerte wie wertvolle Kunstgegenstände, so daß nicht alles auch Zinserträge einbringt. Aber wenn die Hälfte der Bevölkerung nur 0,1 % (das ist ein Tausendstel) des Vermögens besitzt, so wird doch sehr deutlich, daß die Zinseinnahmen dieser ärmeren Hälfte bedeutungslos sind. - Dagegen sind die Zinsausgaben dieser ärmeren Hälfte über die Preise keineswegs bedeutungslos: 30 % ihres Konsums!

Tatsächlich zahlen gut 80 % der Bevölkerung mit den Preisen mehr Zinsen, als sie Guthabenzinsen kassieren. Wirkliche Nutznießer sind weniger als 10 % der Bevölkerung. Sie kassieren mehr Zinsen als sie bezahlen. Das sind zwangsläufig die Reichen und Superreichen. Die Zinserträge werden ihnen zugereicht: Ein leistungsloses Einkommen ohne Arbeit.

Und wer bezahlt dieses Einkommen? Die Masse der Bevölkerung bezahlt es aus ihren Lohn- und Gehaltseinkommen, aber dafür muß sie erst einmal arbeiten. Es ist wie eine Geldpumpe, denn auf Konsum kann niemand verzich-

ten, auch wenn er sparsam lebt. Und diese Pumpe pumpt Tag für Tag von Arm nach Reich oder anders formuliert von den Arbeitenden zu den Besitzenden. Und dieses Wirtschaftssystem nennt man "Soziale Marktwirtschaft". In den letzten Jahren sind da Zweifel aufgekommen, ob diese Bezeichnung gerechtfertigt ist. Sie ist es nicht.

5. Die "Schere zwischen Arm und Reich" geht immer weiter und immer schneller auseinander: Eine mathematische Zwangsläufigkeit - Ergebnisse eines Computermodells

Noch klarer werden die Verhältnisse mit Berechnungen eines Computermodells des Verfassers. Darin sind alle Haushalte Deutschlands nach Höhe ihres durchschnittlichen monatlichen Nettoeinkommens in fünf Gruppen zu je 20 % aufgeteilt. Sie werden der Einfachheit halber mit "Arme, Untere, Mittlere, Obere, Reiche" bezeichnet. Die Armen haben dabei ein Nettoeinkommen von rund 800 €, die Reichen von 4200 €, die anderen drei Gruppen liegen entsprechend dazwischen. Das Modell läuft über 50 Jahre und berechnet die je nach Sparquote angesammelten Vermögen und die daraus resultierenden Zinseszinsträge.

Aus den berechneten Daten läßt sich dann relativ einfach der jeweilige durchschnittliche Zinsanteil der Preise ermitteln. Er steigt von Jahr zu Jahr durch die zunehmenden Sparvermögen an.

Beim Zinssaldo werden dann von den Zinseinnahmen die über den Konsum und die Preise erfolgenden Zinszahlungen abgezogen. Zu Beginn der Laufzeit geht das Modell für alle Haushalte von einem Sparvermögen von Null aus, der Zinsanteil in den Preisen ist dann zunächst Null.

Die 20 % Reichen kassieren monatlich **1517 €**, die Oberen zahlen 420 €, die Mittleren zahlen 454 €, die Unteren zahlen 363 € und die Armen zahlen 280 €. - Wenn man die (negativen) Zinssalden der Oberen, Mittleren, Unteren, Armen addiert, kommt man auf 1517 €, den (positiven) Saldo der Reichen.

Zusammengefasst: 80 % erarbeiten und bezahlen das leistungslose Einkommen von 20 %, Monat für Monat. Hier bestätigt sich über 50 Jahre hinweg die Entwicklung dieser "Geldpumpe von Arm nach Reich" zu immer größerer Stärke ganz deutlich.

Die Grafik sieht wie eine Schere aus, die sich immer weiter öffnet. Eine solche "Schere zwischen Arm und Reich" hat sich auch in den 60 Jahren seit der "Währungsreform" 1949 in der BRD entwickelt. Sie kann heute nicht mehr übersehen werden und wird auch ständig in den Medien angesprochen, wobei der Grund jedoch im Dunkeln bleibt.

Und das wirklich Verblüffende sei hier noch einmal betont: Die Schere entsteht nicht durch mangelhafte Leistungsfähigkeit bestimmter oder unbestimmter Teile der Bevölkerung oder durch wirtschaftliche Probleme: Das Modell zeigt, daß eine mathematische Zwangsläufig-

keit in dieser Entwicklung steckt. Sie ist systemimmanent und zinseszinsbedingt. Sie wächst durch die immer größer werdenden Geldvermögen.

Dieser Mechanismus läuft von Beginn an, wie man bei genauem Hinsehen schon für die ersten Jahre erkennen kann, wird aber erst später spürbar. In der Realität wird diese Entwicklung verschleiert, insbesondere durch ein permanentes Wirtschaftswachstum (im Modell nicht einbezogen). Ein Wirtschaftswachstum ist sogar zwingend erforderlich im heutigen Geldsystem, sonst würde sich die Unbrauchbarkeit sehr viel schneller erweisen (man bedenke, daß die "Endzahlen" nach 50 Jahren für die Gruppe der armen Haushalte ein von 800 € auf 520 € reduziertes Arbeitseinkommen bedeuten. Auf Dauer aber "sieg" der mathematische Mechanismus (exponentielles Wachstum) auch bei Wirtschaftswachstum und die Öffnung der Schere wird schließlich unübersehbar.

6. Fast ein Viertel eines BGEs wird von Arm nach Reich weitergereicht

Der beschriebene Zinskreislauf läuft auch ab, wenn es ein BGE geben würde.

Das BGE würde im heutigen System aus Staatsmitteln bezahlt werden müssen. Bei z.B. 500 € pro Monat und 82 Millionen bezugsberechtigten Einwohnern würde es sich um einen Betrag von 492 Milliarden jährlich handeln. Es dürfte nicht schwer fallen, zuzustimmen, daß dieses BGE als Konsumbasis verwendet und davon nicht gespart wird. Von diesen 492 Milliarden würden dann 30 %, das sind 148 Milliarden, in die Taschen der Geldbesitzer fließen (hauptsächlich der besonders Reichen wie erwähnt). Allerdings: Seit 2009 gibt es die "Abgeltungssteuer" von 25 % auf Kapitaleinnahmen, das wären 40 Milliarden. Dieser Betrag würde wieder der Staatskasse zufließen, und somit den Anteil, der in den Taschen der Geldbesitzer verbleibt, auf 111 Milliarden reduzieren. Das wären aber immer noch 22,5 % der Gesamt-BGE - Summe.

Im Ganzen gesehen würde über das BGE eine spezielle "Geldpumpe von Arm nach Reich" institutionalisiert werden: Fast ein Viertel der BGE-Summe würde permanent in die Taschen der Geldbesitzer fließen. Das ist - ohne weitere Begründungen anführen zu müssen - unakzeptabel. Das kann nicht der Sinn eines BGE - für alle und gleich - sein.

7. Ein BGE fördert den Gedanken eines zinsfreien Umlaufgeldes

Die Aussagen des vorigen Kapitels sind Dank der einfach berechenbaren Beträge und der Klarheit des BGE-Geldflusses: Auszahlung - Konsum - Produktion/Kapitaleinnahmen - einfacher zu verstehen und darzustellen als es in der allgemeinen Komplexität des Wirtschaftsgeschehens ansonsten möglich ist. Daß diese Geldpumpe von Arm nach Reich (unter Zinsgeld) auch für den weiteren Konsum aus

Lohn/Gehalt und Unternehmereinkommen gilt, wird dadurch leichter begreifbar.

Da in einem Umlaufgeld-System Bankguthaben keine Zinsen erzielen, können sich auch keine Zinsen in den Preisen niederschlagen und die oben dargestellte "Geldpumpe von Arm nach Reich" würde nicht existieren. Der BGE-Betrag von 492 Milliarden jährlich würde somit nicht zu erheblichem Teil in die Geldvermögen durchgereicht werden, sondern vollständig in das Wirtschaftsgeschehen einfließen und die Produktionsprozesse in Gang halten. Das BGE wäre also unter Freigeld wirksamer. Geldvermögen würde sich wegen der Geldsteuer auch sonst nicht aus der Wirtschaft zurückziehen können. Die Verstetigung des Geldflusses (der Nachfrage) würde im übrigen die im heutigen Geldsystem sich ständig wiederholenden Konjunkturzyklen und Krisen verhindern.

Ergebnis: Es wäre für ein BGE von Vorteil, wenn es im Rahmen eines Umlaufgeldsystems eingerichtet würde.

Die Machbarkeit eines BGEs unter sicherer Konjunktur deutet z.B. folgende Zahl an: Im Jahr 2003 belief sich der durchschnittliche Sozialtransfer in Deutschland pro Einwohner und Monat gerechnet auf 508 Euro. Es gibt derzeit ganz aktuelle Vorschläge für eine monatliche Grundsicherung von 500 Euro für Kinder bis zum Alter von 27 Jahren mit Finanzierungsvorschlägen über den Fortfall des Ehegattensplitting, Einbezug des Kindergeldes u.a.

Ein Umlaufgeld muß nicht schlagartig allgemein eingeführt werden und das heutige Geldsystem ersetzen.

Es kann zunächst als ergänzende Zweitwährung (Komplementärwährung) geplant werden und regional beginnen. In über 30 Regionen Deutschlands laufen bereits solche Versuche (Regionalwährungsinitiativen). Man kann aber durchaus auch an nationale Zweitwährungen herangehen, wobei ein Staat den Vorreiter machen könnte. Die Menschen würden dadurch Zeit zum Umdenken erhalten, ein solches fremdes System kennen zu lernen, seine Vorteile und Nachteile zu erfahren. Es ist ja nicht einfach, lebenslang eingeübte Gewohnheiten umzuändern. Es wäre sogar ein völliges Neudenken erforderlich.

Weiterhin würde es sich anbieten, Umlaufgeld und BGE zu kombinieren. Dabei könnte man sogar mit der Kindergrundsicherung (s.o.) starten: Die Eltern würden z.B. monatlich staatliche Wertscheine als allgemeine Zahlungsmittel erhalten. Diese Scheine funktionieren wie Geld, stünden aber unter Umlaufzwang, indem für jeden Monat der um einen Prozent erniedrigte Wert in Euro aufgedruckt wäre. Mit ihrem Ablauf nach einem Jahr würden sie als Steuergutschrift von dem Unternehmer, bei dem zuletzt damit bezahlt wurde, beim Finanzamt eingereicht werden müssen. (Dies wäre eine hervorragende Konjunkturmaßnahme, zumal sie ohne Schuldenaufnahme durch die Einnahme der Mehrwertsteuer bei jeder Transaktion fi-

nanziert würde.) Auch für Zweitwährungskonten dürfte die technische Seite der Umlaufsicherung bei der heutigen Computertechnik kein Problem mehr sein.

Zusammenfassung

Von der heute etablierten mainstream-Wirtschaftswissenschaft wird das Konzept eines Umlaufgeldsystems ignoriert. Die archaische Vorstellung, daß Geld (Gold) einen irgendwie materiellen, stapelbaren Wert hat, sitzt zu tief. Es ist sehr bedauerlich, daß es nur sehr wenige Wirtschaftswissenschaftler gibt, die bereit sind die Dogmen ihrer Wissenschaft kritisch zu hinterfragen anstatt sie kritiklos weiterzugeben. Wäre es doch eine hervorragende wissenschaftliche Aufgabe, ein alternatives Geldmodell in allen möglichen Aspekten zu durchdenken, zu konstruieren, zu modellieren und zu analysieren.

Die Verbreitung der Erkenntnis des Werts eines BGEs für Mensch und Gesellschaft würde die Einsicht in die Notwendigkeit von Umlaufgeld fördern. Durch den Fortfall der Geldpumpe, die Berechenbarkeit des Geldkreislaufs, die Nichtnotwendigkeit von Wachstum (wobei aber Wachstum keineswegs ausgeschlossen wäre), die Stabilisierung von Wirtschaft und Gesellschaft würde ein BGE unter Umlaufgeld dauerhaft geleistet werden können. So ergänzen sich beide Konzepte. Sie helfen eine menschenwürdige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufzubauen.

In einem Umlaufgeldsystem würde Geld aus sich selbst heraus kein "Mehr" erzeugen können; ein "Mehr", das in Wahrheit wertlos, ja gefährlich ist, wie sich heute überdeutlich zeigt. Geld hätte seine derzeitige, Jahrtausende alte Macht verloren, es würde nur noch ein Tauschinstrument, ein Hilfsmittel sein, der Ware gleichgestellt.

Geld hätte eine wirklich dienende Funktion und die Menschen könnten sich um wichtige Dinge kümmern. □

Wahlen und die Systemkrise

(D.K.) Am 5. Mai 2009 erhielt ich die Wahlbenachrichtigung für die Europawahlen am 7. Juni, ein Blatt Papier, beidseitig mit - vermutlich? - notwendigen Informationen bedruckt. Was mir aber zu meiner Wahlentscheidung fehlte, das war eine Auflistung der Wahlkreiskandidaten und der Parteien. Am Wahltag in der Wahl-"Kabine" die Entscheidung fällen, wer u.U. gewählt werden kann, das erschien mir undemokratisch dumm.

Ich rief beim zuständigen Berliner Bezirkswahlamt an und bekam folgende Antwort: Nur wenn ich Briefwahl beantrage, bekäme ich Parteien und Kandidaten schwarz auf weiß, ansonsten müßte ich über Internet www.bmi.bund.de (Bundesinnenministerium) "auswählen". Als folgsamer Staatsbürger "ging

ich online". Ich wurde von einer bunten Webseite empfangen und konnte mich zu Kandidaten und Parteien durchklicken. Das war's dann auch.

Ich habe die "Ordnung der Dinge" auf der Webseite auch ohne Erklärung verstanden. Europa kennt keine Wahlkreise in Deutschland, oder, so kann es auch formuliert werden, Deutschland war ein einziger Wahlkreis in Europa. Wir Deutschen hatten alle die gleichen Parteien und Kandidaten zur Auswahl.

Die Obrigkeit geht davon aus, daß alle Bürger Internet-Zugang haben und ohne Erklärung die fehlenden Informationen aufrufen können und verstehen. Das wird so nicht sein. Dieses Verfahren ist deshalb bürgerfeindlich und damit "dummes Zeug". Ich schließe daraus, daß der Bürokratie und den "staatstragenden" Parteien Demokratie schnuppe ist.

So sind auch Wahlbeteiligung und Wahlergebnisse zu beurteilen. Die Wahlbeteiligung von 43,3% in Deutschland signalisiert das Unbehagen der Bürger über das, was (Parteien-) Demokratie genannt wird. Es ist für den Bürger - mit Recht - unverständlich, daß wichtige Entscheidungen über sein Leben fern von seinem Wohnort in Brüssel/Straßburg getroffen werden. So ist die Wahlbeteiligung auch ein Stück Protest (Hilflosigkeit). Es gibt auch keine (staatstragende-europatragende) Partei, die irgendwelche neuen, demokratischen, Ideen der Fremdbestimmung durch die Verbürokratisierung des Lebens entgegensetzen kann. Demokratie hat fast nichts mit den Parteien zu tun, aber sehr viel mit dem einzelnen (politisch aktiven) Bürger. Ein selbstbewußter Bürger ist den Parteien nur lästig.

Ich fand nirgendwo eine detaillierte (prozentuale) Darstellung des Wahlergebnisses aller an der Europawahl in Deutschland beteiligten Parteien, also auch die der so genannten "Splitterparteien". Übrigens: Besser ein "scharfer Splitter" sein als ein "christliches", "liberales" oder "sozialistisches" "Brett vor dem Kopf" haben.

Insbesondere für die Wahlen auf Gemeinde- und Kreisebene finden sich in den Parteien oft keine Kandidatinnen und Kandidaten mehr. Die mühevollen und zum Teil diskriminierende "Ochsentour" durch die Parteigremien, die Mittelmäßigkeit des intellektuellen Anspruches und die immer geringer werdenden politischen Gestaltungsmöglichkeiten treibt die Elite (und die jungen Menschen) aus dem öffentlichen Raum. Elite ist sowieso pfui, Mittelmäßigkeit ist Gesetz. Da schließt sich der Kreis zur gegenwärtigen (Geld-)Krise, die nicht nur eine ökonomische (volkswirtschaftliche) Krise ist, sondern eine Systemkrise.

Die Globalisierung der Wirtschaft ist gescheitert, weil sie nur dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen worden ist. Irgendwelche weltfremden Politiker, Wissenschaftler und Bürokraten waren der Meinung, der Weltmarkt werde in Mehrheit von selbstlosen Managern bestimmt. Das Gegenteil war und ist üblich. Globalisierung ist nur möglich, wenn von Land

zu Land, in mühevoller politisch-diplomatischer Kleinarbeit die Beziehungen zwischen der 1., der 2. und der 3. Welt ganz individuell justiert werden.

Hinzu kommt, daß mehr denn je in der 1. Welt, in unserer Welt, in der "deutschen" Welt, eine Kulturrevolution stattfinden muß. Wir müssen uns klar sein, daß soziale Gerechtigkeit auf dieser Erde nur möglich ist, wenn viele Menschen in der 1. Welt sich zu Gunsten der Menschen in der 2. u. 3. Welt Verzicht einüben.

Nur so ist Weltfrieden möglich! Nur so kann sich das Menschengeschlecht auf dieser Erde wohlfühlen, was aber, bitte sehr, etwas ganz anderes ist als "Wohlstand". Das sei insbesondere auch der Pfarrerstochter und pseudochristlichen Kanzlerin Merkel ins Stammbuch geschrieben!

Stattdessen gibt es eine Verschrottungsprämie für Autos, die den Bürger heiß auf (verschwenderischen) Verbrauch macht. Warum nicht auch eine Verschrottungsprämie für Möbel und oder gar für Menschen. Daß die Kosten für Verschrottung vom Bürger getragen (bezahlt) werden müssen, ja, daß uns das ganze kulturelle Gebäude von Zivilisation zusammenbrechen kann, daran werden wie immer "die Anderen" schuldig sein.

Im übrigen wird uns die Verschrottungsprämie schon im nächsten Jahr auf die Füße fallen, wenn die Nachfrage nach fabrikneuen Autos sinkt. Dann wird die Mehrwertsteuer u.a. deshalb erhöht werden, weil noch mehr Subventionen an die Autobauer gezahlt werden. Die beispiellose Gier nach Gewinn hat die Menschen (uns alle?) in diesem Land korrumpiert. Meine Mutter, mein Vater und etwas später ich selber, wir hatten in Berlin (West) eine gemeinsame Firma, einen Sanitären Großhandel, einerseits in einem schwierigen politischen Umfeld, andererseits unter einer politischen und wirtschaftlichen Dunstglocke, die uns einige Vorteile brachte. Wir haben hart gearbeitet; einen 8-Stunden-Tag gab es (meistens) nicht, und eine 6-Tage-Woche, später 5 Tage, nur mit Mühen. Es gab damals, in all den Jahren nach 1932 und 1945 bis zum 31. Dezember 1989 (an diesem Tag gaben wir den Großhandel aus persönlich-familiären Gründen auf), eine Reihe von Kollegen, die Konkurs anmelden mußten. Meistens waren es diejenigen, die als Erste das Auto mit dem Stern fuhren und die bei (Veranstaltungen) Messen in der Bundesrepublik und im Ausland in den Fünf-Sterne-Hotels abstiegen. Sie gaben an, wie wir in Berlin sagen, "wie drei Loren Affen". Sie hielten alle nichts von der Kerstenschen Ideologie, ja, sie verlachten sie sogar: Vor einer Gewinnentnahme immer an die Rücklagen für schlechtere Zeiten denken!

Die Familie Kersten hat im übrigen nicht schlecht gelebt! Von diesen Rücklagen wird immer noch ein Teil des Kommentar- und Informationsbrief finanziert! Die Firma wurde übrigens 1932, in einer wirtschaftlich schlechten Zeit, gegründet.

Ich denke an diese Geschichte, wenn ich das Schmierentheater um Karstadt, Quelle, Hertie u.a. mitansehen muß. Die Firmen wurden von den Investoren bis auf's Blut ausgesaugt. Es existieren keine Rücklagen, da die Gewinne rückstandslos verteilt wurden. Keiner war und ist für diese Geschäftspolitiken verantwortlich, auch nicht die Gewerkschaften. Vielleicht wäre es notwendig gewesen, einmal für Finanzrücklagen in den Firmen zu streiken anstatt für Lohnerhöhungen.

Ich bin gegen eine wirtschaftliche Hilfe für Karstadt, Quelle und Co. aus dem Steuersäckel. Noch nicht einmal das Gejammer der Mitarbeiter stimmt mich traurig..

Ich bin für ein Gesetz, welches steuerneutral dafür sorgt, daß Rücklagen in jeder Firma gebildet werden müssen, auch wenn die Banken Zeter und Mordio schreien. Je mehr Rücklagen die Firmen haben, desto weniger Bankkredite werden die Firmen in Anspruch nehmen müssen.

VERDI und die Belegschaft von Hertie protestieren mit dem Slogan "Rettet die Innenstädte" gegen die Schließung der Hertie-Kaufhäuser.

Seit dreißig Jahren oder mehr galten die Bürger, die angesichts der Einkaufszentren vor den Toren der Städte und dem wirtschaftlichen Sterben der Innenstädte gegen diese soziale Unvernunft protestieren, als rückwärts-gewandte Toren. Kein Liter Treibstoff der täglichen Kundenströme (und manchmal auch die direkte Zerstörung von Natur) war dieser Phalanx von Politikern, unkündbaren Staatsbeschäftigten, verbeamteten Institutsprofessoren (als Gutachter z.B.), von Wirtschaftslobbyisten und Managern zu teuer, um diese Fehlleitungen von Kundenströmen, manchmal sogar gegen die Kundenproteste, durchzusetzen. Unendlich viel Steuergeld ist in die Taschen der Planer, Erbauer und Nutzer dieser Einkaufszentren geflossen.

Die traditionellen Innenstädte wurden immer leerer. Die traditionellen Bäcker, Fleischer, Lebensmittelhändler und Konfektionsläden verschwanden aus den kleinen Städten und Dörfern.

Die gleichen Leute, die über Jahrzehnte dieses asoziale, im Kern kriminelle "Geschäft" der wirtschaftlichen "Entvölkerung" betrieben haben, treten heute wieder vor Presse, Rundfunk und Fernsehen, und verkünden, schlau wie sie sind, daß das wirtschaftspolitische Steuer nun herumzureißen sei. Und - das Volk jubelt. Der Moloch Staat frißt nach wie vor unser Steuergeld. Welch ein Wahnsinn!

Ganz zum Schluß, nachdem ich schon alles abgeschlossen hatte, fiel mir auf, daß ich nichts über die Bundestagswahlen am 27. September 2009 geschrieben haben. Die nächste Nummer der NEUEN POLITIK, die im September erscheint, kommt vielleicht für ein Wahlempfehlungen zu spät. 1. Wenn Sie über einen Internet-Zugang verfügen, gehen Sie bitte auf die Seite www.abgeordnetenwatch.de und be-

fragen Sie Ihren Wahlkreisabgeordneten nach seinen Zielen. 2. Wenn Sie keinen Internetanschluß haben, sollten Sie Ihren Abgeordneten schriftlich befragen, auch wenn das etwas schwieriger werden sollte 3. Gehen Sie zur Wahl. 4. Wählen Sie möglichst unkonventionell. □

Obama

(D.K.) Folgende eigene Notiz fand ich in meinen Unterlagen: *Wo ist der us-amerikanische Faschismus geblieben? Er ist doch nicht einfach durch das Erscheinen von Obama von der politischen Bildfläche verschwunden?* Die langjährigen Leser des Kommentar- und Informationsbriefes wissen, daß ich unter us-amerikanischen Faschismus die politische Arroganz und Menschenverachtung der USA gegenüber anderen Völkern, Rassen und Kulturen verstehe. Die Arroganz schlägt sich nicht nur in dem allgemein bekannten Spruch "Nur ein toter Indianer ist ein guter Indianer" nieder. Er zeigt sich in Beziehungen der einzelnen Bevölkerungsgruppen in den USA untereinander und zu anderen Völkern und Kulturen auf dieser Erde.

Es gibt keine "auserwählten Völker" oder Kulturen und keine auserwählten Religionen. Wer das behauptet, ist nicht weit entfernt von Konzentrationslagern, den Vertreibungen von Palästinensern aus ihrer Heimat und den irakischen Schlägertrupps (Sicherheitspolizisten).

In den USA und in Israel finden nach wie vor jeden Tag Menschenrechtsverletzungen statt, ohne daß Obama (oder die rührige Frau Merkel) dagegen protestieren. Menschenrechtsverletzungen können nicht klassifiziert werden. Sie sind alle im höchsten Grade schlimm. Auch die Zahl der Menschenrechtsverletzungen ist nicht entscheidend.

Zu dem us-amerikanischen Faschismus gehören die ständigen Einmischungen in die politischen und kulturellen Angelegenheiten anderer Völker. Wir wissen heute, daß Osama bin Laden durch us-amerikanische Unterstützung "groß" geworden ist. Er war lange Zeit ein enger Verbündeter des CIA, des ehemaligen US-Verteidigungsminister Rumsfeld und natürlich der Familie Bush. Das ist alles belegbar.

Als Osama bin Laden begann, gegen die vermeintlichen us-amerikanischen Interessen zu arbeiten, entwickelte sich das, was unsere politische Klasse "Kampf gegen den Terror" nennt. US-Amerika und seine Vasallen, wie z.B. die Bundesrepublik Deutschland, werden durch die zahlreichen Sicherheits- und Kontrollgesetze immer mehr in das "Reich der Unfreiheit" getrieben.

Weiß Barack Hussein Obama, daß hinter diesem politischen Handeln ein Großkapital steckt, mit den Hauptstädten New York und Washington D.C., welches nur die Kulturen und Staaten erhalten will, die sich restlos in ein Herrschaftssystem der USA einordnen lassen, wel-

ches von einem zynischen Gewinnstreben bestimmt ist?

Weiß Barack Hussein Obama, was er als Präsident der USA da übernommen hat und weiß er ganz persönlich, was er tut? Oder ist er nur eine Marionette von politischen Kräften hinter den Kulissen? Ich weiß es nicht.

Genau so schwierig ist die Frage zu beantworten: Wie viel Unterstützung braucht Obama, um die althergebrachte US-Machtpolitik restlos aufzugeben? Ich erhalte z.Zt. Emails, in denen, ich empfinde es so, Obama mit einer Flut von Verleumdungen überzogen wird.. Der Ton dieser Emails ist der: Von der "politischen Klasse" der USA droht, egal wer im Weißen Haus sitzt, nur Unheil für uns Europäer, besonders für uns edle Deutschen.

Ich kann diesem Zungenschlag über Obama nicht folgen, obwohl ich, das wissen Sie, um der Freiheit willen, die nur durch Unabhängigkeit möglich ist, die Politik der USA immer kritisch gesehen habe. Ich werde das auch in Zukunft tun.

Ich finde, wir sollten für einige Zeit sehr kritisch eine us-präsidentiale Politik von Barack Hussein Obama begleiten und unterstützen. Ganz persönlich gefällt mir die selbstbewußte, nicht arrogante, Körpersprache von Obama und sein öffentlicher Umgang mit Frau und Kindern.

Hat Obama neue Ideen für ein menschliches Zusammenleben auf dieser Erde?

In der Schweizer Zeitschrift *NET-Journal - Infos über neue Energietechniken mit Erfinder-News*, Jg. Nr. 14, Heft 3/4, März/April 2009, las ich einen vorzüglichen Artikel über Freiwirtschaft und Silvio Gesell von Inge Schneider. Am Schluß des Aufsatzes fand ich folgende Nachricht mit der Zwischenüberschrift: **A propos US-Notenbank!** >Einer, der die Zusammenhänge erkannt hat, ist US-Präsident Barack Obama. So stand es zumindest in einem Aufsehen erregenden Interview, das er am 1. April dem US-Fernsehsender FOX-News gab (einige meinen, es sei ein Scherz, klingt aber sehr logisch und überzeugend). Er sagte dort u.a., die Finanzkrise sei kein spezifisch amerikanisches Problem, sondern "ein Problem des Geldsystems". Dieses beruhe darauf, daß durch Zinseszinsseffekte immer mehr Schulden entstünden und infolgedessen immer mehr Schuldner gesucht werden mußten. Die logische Konsequenz sei deshalb, daß auch kreditunwürdigen Personen riesige Dollarbeträge ausgeliehen würden. Wörtlich sagte Obama: "Unser Geld ist eine Illusion". Als ein Journalist nachfragte, was er damit meine, antwortete er: "Geld ist nichts anderes als Schulden. Das Geld, das Sie in der Tasche haben, sind die Schulden eines anderen. Geld entsteht nur durch Schulden. Und dies ist genau das Problem, das wir gerade haben." Ein Chefvolkswirt in der Fragerunde fragte, ob dies denn nun bedeuten würde, daß die Rückzahlung von Schulden auch Geld vernichten würde. Obama sagte, daß dies so sei. Die Rückzahlung von Schulden vernichte Geld. Das sei auch der Grund, warum sich der Dollar verknappen würde und

deshalb gegen eine andere Währung im Wert steige: "Im Dollar gibt es die meisten Kredite. Werden diese auch nur zum Teil beglichen, wird Geld vernichtet und der Dollar knapp und teuer." "Soll das heißen, daß es Geld in seiner reinen Form gar nicht gibt?", wollte ein Journalist wissen. Obama nickte und meinte, daß es genau so sei. Und weil jetzt alle bis zum Maximum verschuldet seien, wäre das Geld in der Tasche praktisch wertlos, und deshalb habe man jetzt ein großes Problem. Dies sei allerdings nicht nur ein Dollarspezifisches Problem, sondern ein Problem aller Währungen. Ein anderer Journalist wollte wissen, wie es denn um die Federal Reserve Bank FED bestellt sei, die gerade über 1 Billion Dollar ausleihe. Darauf gab Obama wohl eines der bestgehüteten Geheimnisse preis: Die FED hätte gar kein Geld. Sie schaffe es aus dem Nichts - per Knopfdruck. Wie ein Zauberer. Er habe vorher mit dem Zentralbankchef Bernanke über dieses Problem gesprochen. Dieser habe ihm geraten, die Fakten nicht an die Öffentlichkeit zu bringen. Doch er, Obama, stehe schließlich für den Wechsel, und das würde eben auch einen Paradigmenwechsel beim Geld bedeuten. Darauf entgegnete ein Reporter empört: "Wollen Sie damit sagen, dass die FED Geld aus dem Nichts schafft - während andere schwer dafür arbeiten müssen?" "Genauso ist es", antwortete Obama. Er werde sich aber für mehr Ehrlichkeit im Geldsystem einsetzen. Er engagierte sich für ein neuartiges Geldsystem, gab aber zu bedenken, dass dies ausserordentlich schwierig sei. Der letzte Präsident, der dies versucht habe, hätte dies mit seinem Leben bezahlt. Obama: "Ich will nicht so enden wie Kennedy. Ich will wirklich etwas verändern. Wir müssen das System ändern. Yes, we can!" Über die Maßnahmen sagte er keine Details, empfahl aber den Journalisten, beim nächsten Mal FED-Chef Bernanke einzuladen. Auch er sei gespannt, "welche Lösung Bernanke vorschlagen werde". < □

(D.K.) Das ARGENTINISCHE TAGEBLATT hat Ende April d.J. den 120. Jahrgang seines Erscheinens gefeiert. Anlaßlich dieses Jubiläums erschien in der Ausgabe vom 29. April d.J. der nachfolgende Beitrag von Tom Odebrecht.

> Meine Leserbriefe haben Klasse < Die Geschichte des 102-jährigen Tageblatt-Lesers Enrique Heymann

von Tom Odebrecht

Enrique Heymann lernte ich über das ARGENTINISCHE TAGEBLATT kennen, als ich vor einigen Jahren einen Leserbrief von ihm aus dieser deutschsprachigen argentinischen Zeitung abdruckte. Herr Heymann wurde Abonnent des Kommentar- und Informati-

onsbriefes NEUE POLITIK.

Inzwischen hat mich auch eine seiner Töchter in Berlin besucht. Wir haben uns unterhalten und einen Kaffee miteinander getrunken.

Sein Buch Ein- und Ausfälle eines Hundertjährigen habe ich das erste Mal in der Januar-Ausgabe 2007 des Kommentar- und Informationsbriefes NEUE POLITIK vorgestellt. Das Buch ist eine Sammlung seiner Leserbriefe im ARGENTINISCHEN TAGEBLATT, die manchmal nur zu verstehen sind, wenn man etwas über die argentinische Geschichte und Politik weiß.

Ich habe das Buch von Enrique Heymann nachwievor im Angebot und würde mich über Bestellungen freuen.

Buenos Aires - >Es ist eine Villa, die werden sie sofort erkennen< waren seine Worte am Telefon. Langsam gehe ich die Straße im vornehmen Stadtteil Coghlan hinab und suche nach dem größten Haus, das ich sehen kann. Als ich vor der richtigen Hausnummer stehen bleibe, schaue ich verwundert auf das Gebäude: Eher ein einfaches Haus, aber eine Villa ist es nun wirklich nicht. Es sollte nicht der letzte Scherz sein, über den ich mich während meines durchaus ernstesten Gespräches mit dem wohl ältesten, und vielleicht sogar treuesten, Tageblatt-Lesers Enrique Heymann (102) amüsieren sollte. Ich bin unmittelbar davor Zeuge und Protagonist einer lehrreichen und äußerst unterhaltsamen Konversation zu werden. Eine Unterhaltung über persönliche Schicksale, zu Unrecht abgelehnte Leserbriefe und besoffene Bolivianer. Und die aktuelle Politik wurde auch nicht ausgespart. Eine solche Bandbreite kann man wohl nur mit der Lebenserfahrung von 102 Jahren bieten.

Von Berlin nach Buenos Aires

Gemütlich sieht es aus im Wohnzimmer des Herrn Heymann, auch wenn nicht abzustreiten ist, daß den modischen Entwicklungen der Innenarchitektur in den letzten Jahrzehnten wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Neben dem alten Klavier, auf dem Heymann nach eigener Aussage jeden Tag spielt, liegt ein Buch, welches sofort meine Aufmerksamkeit auf sich zieht: Es trägt den Titel "Juden in Berlin". Natürlich frage ich nach. "Im Jahre 1933 bin ich und ein paar nahe Familienangehörige vor den Nazis aus meiner Heimatstadt Berlin und Deutschland geflohen", kommentiert er und berichtet über die Flucht nach Litauen, der ersten Station auf seiner Reise um die Welt. Von Litauen ging es kurz darauf nach Palästina, was damals noch von der britischen Krone regiert wurde. Dort habe er drei Jahre lang als Maurer gearbeitet, was natürlich eine gewaltige Umstellung vom Alltag in der Berliner Bank, seinem früheren Arbeitsplatz, gewesen sei, erklärt Heymann mit demonstrativer Gelassenheit. Aber Herr Heymann wäre nicht er selbst, wenn er nicht immer wieder versuchen würde, das

Gespräch in eine andere Richtung zu lenken. Während ich noch versuche, weiter in der Vergangenheit Heymanns zu bohren, ist mein Gesprächspartner schon längst bei seinen eigenen Themen: Er habe ein Buch geschrieben, welches seine besten und witzigsten Leserbriefe an die Redaktion des Argentinischen Tageblattes beinhalte, erklärt mir Herr Heymann. >Ich bin gewiss nicht eingebildet, aber meine Leserbriefe haben einfach Klasse. Die muß man drucken<, sagt er als er mir meine eigene Kopie seines Werkes >Ein und Ausfälle eines Hundertjährigen< übergibt. Später, nach eingängigem Studium des Buches, weiß ich, daß sich tatsächlich nicht wenige äußerst geistreiche Kommentare zu aktuellen Nachrichten in dem Buch befinden. Weiter erfahre ich, daß >skandalöserweise< sogar einige seiner Briefe von der Redaktion des Tageblattes abgelehnt wurden. >Da mag mich einer in der Redaktion nicht, glaube ich<, sagt Heymann schmunzelnd, während er sich in aller Ruhe einen Schluck Kaffee gönnt.

Nach mehrmaligen Nachfragen kommen wir wieder auf das eigentliche Thema zu sprechen: Heymanns Reise um den Erdball mit der Endstation Buenos Aires. Während seiner Zeit als Handwerker im Nahen Osten hatte der gebürtige Berliner von einem deutsch-jüdischen Unternehmer erfahren, der Arbeitskräfte für seine Zinkminen in Bolivien anheuert. >Damals war das eine große Chance für viele jüdische Flüchtlinge<, versucht Heymann mir seinen Schritt über den Atlantik verständlich zu machen. Zwölf Jahre hat er dort in Bolivien, in der östlichen Provinz Oruro, in dem Büro einer Zinkmine des deutschen Entrepreneurs gearbeitet. >Das Arbeitsleben war hart in Bolivien, aber ich habe ja drinnen gearbeitet. Da hat man es aushalten können<, sinniert er über alte Zeiten. Und wie haben es die Bolivianer mit der Knochenarbeit ausgehalten? frage ich. Die Antwort schallt mir noch jetzt in den Ohren: >Das weiß ich auch nicht, aber die Bolivianer waren sowieso immer besoffen. Das hat wahrscheinlich geholfen<. Ein Augenzwinkern zeigt mir, wie die Antwort einzuschätzen ist. Nach den vielen Jahren habe er nur noch weg gewollt aus Bolivien, sagt der alte Herr. >Wie übrigens auch die Bolivianer, nur die können ja nicht<, fügt er trocken hinzu. Daß es dem greisen Herrn nicht an verbaler Schlagfertigkeit mangelt, steht außer Frage.

In die argentinische Hauptstadt hat es Heymann im Jahre 1948 verschlagen, ohne einen Pfennig in der Tasche, wie er betont. Die solidarische Unterstützung jüdischer Hilfsgemeinschaften hat ihm einen Neuanfang in Buenos Aires ermöglicht. Durchgeschlagen hat sich Heymann mit verschiedenen Jobs, bis er am Ende wieder in einer Bank gelandet ist, nur diesmal am anderen Ende der Welt. Hier in der Stadt am Rio Plata habe er auch seine spätere Frau, eine deutschstämmige Jüdin aus der ehemaligen Tschechoslowakei, kennengelernt, berichtet er. 51 Jahre war er mit ihr verheiratet, bis sie vor einigen Jahren verstorben ist.

Noch heute spricht seine gesamte Großfamilie

in Argentinien Deutsch, vom Urenkel bis zur eigenen Tochter. Er habe darauf bestanden, daß alle Familienmitglieder der deutschen Sprache mächtig sind, räumt Heymann ein. Obwohl er nach seiner Flucht nur vier Mal Deutschland wieder besucht hat, ist die Verbundenheit zur Heimat nie verloren gegangen. An Deutschland schätze er seit jeher die reiche Kultur und natürlich die Sprache: >Die deutsche Sprache ist ein Kulturgut, das es zu bewahren gilt<. Und auch das Tageblatt helfe ihm seine Verbundenheit mit der Muttersprache zu bewahren, fügt Heymann hinzu.

Von Cristina bis Angela

Fragt man ihn über seine politische Meinung, stellt man schnell fest, daß er immer noch sehr gut über die aktuellen Geschehnisse unterrichtet ist, ob in Deutschland oder in Argentinien. Beim Versuch seine Einschätzung über die hiesige politische Lage einzufangen, werde ich kurzerhand unterbrochen: >Alle korrupt!<. Das Urteil fällt vernichtend aus. >Das fatale Ehepaar Kirchner hat es geschafft, das bißchen Vertrauen der Menschen in das politische System dieses Landes wieder zu verlieren<, meint Heymann erbost, wobei er zugibt, daß die Ernennung Cristina Kirchners zur Präsidentin wahrscheinlich das kleinere Übel gewesen sei. Korruption, Mißtrauen und allgemeines Desinteresse an der Politik seien die größten Probleme der politischen Kultur hier im Lande, erklärt er. Zum Glück sei das nicht überall so.

Seine Bewertung der deutschen Politiklandschaft, und besonders der jetzigen Regierung, fällt daher ungleich positiver aus: >Die Merkel macht das ganz gut, finde ich. Sie hat ihren eigenen Stil gefunden und läßt sich nicht reinreden.< Mit Bezug auf die im September stattfindende Bundestagswahl wollte Heymann aber auch mit 102 Jahren Lebenserfahrung keine Prognose abgeben: >Das ist schwer vorherzusagen. Man wird die Zeit bis zum September abwarten müssen, es kann noch viel passieren<. Ich stimme nickend zu. Dieser alte Herr in seinem Haus in Coghlan ist besser informiert als so mancher Student an der UBA.

Heymann betont immer wieder, wie sehr ihm das Tageblatt nach so vielen Jahrzehnten ans Herz gewachsen ist. Jeden Samstag liest er mit Genuss die aktuelle Ausgabe. Und jeden Samstag sei er uneins mit den politischen Kommentaren des Chefredakteurs, sagt er lachend.

Dennoch merke ich, daß das Tageblatt fester Bestandteil des Lebens von Enrique Heymann ist. >Denn unter Freunden darf man auch mal unterschiedlicher Meinung sein<, stellt er klar, während er mir am Ende unseres Gespräches zum Abschied die Hand reicht. Kurz bevor ich seine >Villa< verlasse, ruft er mir noch hinterher, daß er sich besonders auf die Jubiläumsausgabe freue, die mit seiner Geschichte drin. Die Geschichte über den wohl ältesten Tageblatt-Leser aller Zeiten. Auf daß er sich noch auf viele weitere Tageblatt-Ausgaben freuen kann. □

Kleiner Kulturspiegel

(D.K.) Am 12. Mai 2009 sah und hörte ich in der **Staatsoper Berlin**, Unter den Linden, die Oper **Orlando Paladino**, Text von Nunziato Porta, Musik von Joseph Haydn (* 31. März 1732 in Rohrau, Niederösterreich; † 31. Mai 1809 in Wien). Neben den Programmzetteln, die meines Wissens nichts kosten, können Sie für € 7,- ein "Programm-Buch" kaufen, in dem neben langen theaterwissenschaftlichen Artikeln auch der Text der Oper in deutscher Sprache abgedruckt ist. Es wird nämlich italienisch gesungen, mit deutschen Übertiteln, die für mich persönlich an diesem Abend schlecht zu lesen waren.

Orlando Paladino heißt auf deutsch **Ritter Roland**. Manchen von uns ist sicher noch die Roland-Sage bekannt. So gibt es am Rhein auch einen "Rolandsbogen". Es gibt eine fast unübersichtliche und inhaltlich ausufernde Anzahl von Geschichten, die die Menschen des 17. und 18. Jahrhunderts sehr beschäftigt haben müssen. Kaum ein Libretti-Schreiber oder Komponist hat, in dieser Zeit, das Thema **Ritter Roland** in all seinen Variationen ausgelassen. Es ist keine deutsche, sondern eine europäische Literatur.

Die historische Premiere von Haydns Orlando Paladino fand am 6. Dezember 1782 im Opernhaus Schloß Esterháza in Ungarn statt. Das ungarische Fürstenhaus Esterháza hat sich um Haydn und seine Musik verdient gemacht. Im Opernhaus Schloß Esterháza gab es keine kostenpflichtigen Eintrittskarten. Jeder, der ordentlich und sauber gekleidet war, hatte Zutritt.

Orlando Paladino soll, wie Mozarts Zauberflöte, den Freimaurern zugeordnet sein. Mozart und Haydn waren eng befreundet und gehörten, der Überlieferung nach, der gleichen Freimaurerloge an. Für mich ist die Oper ein "fantastisches" Märchen, manchmal schon zu fantastisch, mit verwirrenden Ereignissträngen. Es spielte das Freiburger Barockorchester, vorzüglich, und es gab keine menschliche Singstimme, die zu kritisieren wäre.

Das Bühnenbild war ein gelungenes Zusammenspiel von moderner "Guckkastenbühne" und der modernen Bühnen-Drehtechnik. Die Vorstellung war sehr gut besucht. Es war die 3. Vorstellung nach der Premiere der jetzigen Inszenierung am 8. Mai 2009.

Der Schlußsatz, der von allen Sängern und Sängerinnen gesungen wird, lautet: **Wenn ihr glücklich sein möchtet, liebt immer den, der euch liebt, unschuldig, ohne Künstlichkeit, und das Herz wird glücklich sein.**



(D.K.) Am Donnerstag, den 21. Mai sah ich im **Theater am Schiffbauerdamm - Berliner Ensemble** das Theaterstück **Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui** von Bertolt Brecht (* 10. Februar 1898 in Augsburg, † 14. August 1956 in Berlin). Die Inszenierung ist eine Regiearbeit von Heiner Müller (* 9. Januar 1929

in Eppendorf/Sachsen, † 30. Dezember 1995 in Berlin). Die Premiere war am 3. Juni 1995. Laut Wikipedia ist das Stück von Brecht 1941 geschrieben und erst nach seinem Tode, am 19. November 1958, in Stuttgart uraufgeführt worden. Brecht soll, nachdem er (wann?) gefragt wurde, warum das Stück nicht aufgeführt wird - gesagt haben, die Deutschen seien noch nicht reif dafür - ??? Naja, kann ich dazu nur sagen, auch Bertolt Brecht gehört zu den Deutschen.

Die ungefähr hundert Jahre, teilweise wirk-same, Aufklärung im 17. + 18. Jahrhundert ist im 19. + 20. Jahrhundert in Deutschland nicht weiter vertieft worden. Die Folge waren die menschlichen und geschichtlichen Katastrophen des 20. Jahrhunderts bis heute. Die immer noch lebendige politisch-soziale Menschenverachtung (Faschismus), ob links oder rechts, ist nachwievor vorhanden, ganz egal übrigens, auf welchem Erdteil.

In meinen Augen ist das Gangsterstück *Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui* fast eine Verniedlichung des politischen Geschehens im Deutschland des "Dritten Reiches". Brecht wollte, indem er das us-amerikanische Gangstertum (Al Capone) der zwanziger bzw. dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts schilderte, den Menschen die Verbrechen Hitlers und seiner Paladine vor Augen führen. Diese Gangster aus Chicago und New York wären meiner Meinung nach nicht in der Lage gewesen, ein ganzes Volk geistig und moralisch kaputt zu machen.

Zwischenbemerkung: Ich wundere mich, daß das Stück nicht *Der aufhaltsame Aufstieg des Adolf Hitler* heißt. Das Hilfsmittel Al Capone wäre nicht notwendig gewesen.

Zwei Zitate von Bertolt Brecht, die vielleicht bei der Inszenierung von Heiner Müller eine Rolle gespielt haben könnten, und die ich auf der Wikipedia-Seite gefunden habe, sollen nicht unterschlagen werden: "Ui ... ist ein Versuch, der kapitalistischen Welt den Aufstieg Hitlers dadurch zu erklären, daß er in ein ihr vertrautes Milieu versetzt wurde." und "Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch (aus dem Epilog des Dramas)".

Angesichts der aktuellen Sichtbarwerdung des noch nicht besiegten "Raubtier"-Kapitalismus muß festgestellt werden, daß Arturo Ui, Hitler, Josef Ackermann und Al Capone gesellschaftspolitisch nicht sehr weit voneinander entfernt sind.

Aber was ist mit dem Kommunismus, Herr Brecht und Herr Müller? Eine rhetorische Frage, denn beide sind tot.

Zum Schluß stelle ich mir noch die Frage: War *Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui* nun "ein Brecht" oder "ein Müller"?

Ich kann und will es nicht verhehlen, daß es ein sehr eindrucksvoller Theaterabend war, sehr gut besucht, von einem hoffentlich künstlerisch und politisch aufnahme-bereiten Publikum. □

Berichtigung

(D.K.) In der Ausgabe Mai/Juni 2009 lautet die Unterüberschrift für den Titel "Industrialisierung des Mitleids"

richtig:

von Götz Eisenberg

Götz Eisenberg, Jahrgang 1951, arbeitet als Gefängnispsychologe in der JVA Butz-bach. Ich bitte das Versehen zu entschuldigen.

Buchbesprechungen

(D.K.) Nothart Rohlfs hat mir gestattet, seine Buchbesprechung für das Buch von Daniele Ganser: *NATO Geheimarmeen in Europa. Inszenierter Terror und verdeckte Kriegsführung*, zuerst erschienen in der Zeitschrift *Die Drei*, Mai 2009, www.die-drei.org, zu veröffentlichen. Ich biete das Buch in der beiliegenden Bestellliste an.

(Nothart Rohlfs) Das 2008 auf deutsch erschienene, aus einer Doktorarbeit hervorgegangene Werk des jungen Schweizer Historikers Daniele Ganser ist so lesenswert und erschütternd, wie die darin untersuchten Sachverhalte auf den ersten Blick un-glaublich sind, auf den zweiten jedoch fast folgerichtig erscheinen, bedenkt man, auf welchem Nährboden sie Mitte des vorigen Jahrhunderts entstanden. Es geht um so genannte Stay-behind-Organisationen, geheime militärische Einheiten, ja ganze Armeen im Rahmen der NATO, die in den meisten Ländern Mittel- und Westeuropas nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut wurden und bis zum Zeitpunkt ihrer umfänglichen Entdeckung Anfang der 90er Jahre im Einsatz waren.

In den gewalttätigen Aktionen Hitlers und der NSDAP gegen Kommunisten und Sozialdemokraten, sowie ganz allgemein gegen politische Gegner nach dem selbst inszenierten Brand des Reichstags Anfang 1933, der den Kommunisten angelastet wurde, findet sich eine Art gespenstische Blaupause für Denken und Vorgehen der geheimen militärischen Organisationen, die auf Betreiben des amerikanischen und britischen Auslandsgeheimdienstes gegründet wurden. Nach den traumatischen Erfahrungen vieler europäischer Länder mit dem deutschen Einmarsch, der Besatzung und dem Leben in Anpassung oder Widerstand durfte, so die Empfindung der Betroffenen, Vergleichbares nicht mehr geschehen. Der potentielle Gegner, dem man für die Zukunft Entsprechendes zutraute, war nun nicht mehr das besiegte Nazi-Deutschland, sondern die Sowjetunion und mit ihr der zunächst fast überall in Europa erstarken-de Kommunismus. Dieses auf westlicher Seite gehegte Motiv für den systematischen Aufbau von schlagkräftigen und modern

ausgerüsteten militärischen Netzwerken, deren Einheiten bei einer sowjetischen Invasion hinter den feindlichen Linien zurückbleiben und dort ihre destabilisierende Wirkung ausüben sollten, zieht scheinbar nur die Konsequenz aus den eben erst gemachten Erfahrungen.

Was geschieht jedoch in Wirklichkeit?

Die soeben erst entstandenen geheimen Organisationen, die ihre Angehörigen aus strikt antikommunistisch eingestellten Kreisen rekrutieren, entwickeln sich in den meisten Fällen zu Instrumenten des Terrors und politisch motivierter Verbrechen. Sie selbst und von ihnen instrumentalisierte gewaltbereite Individuen der äußersten Rechten begehen unerkannt Morde und Attentate an der eigenen Bevölkerung, verwickeln sich in alle Arten schwerer Verbrechen, verrichten Anschläge und Massaker, und legen dies alles kurzerhand denen zur Last, vor denen zu schützen sie vorgeblich angetreten sind. Dies ist in groben und knappen Zügen das grundlegende Muster.

Der weitaus größte Teil des Buches behandelt, soweit überhaupt bis heute zugänglich und bekannt, Entstehungsgeschichte und Aktivitäten der Stay-behinds in Ländern von England über Spanien, Portugal, Italien, von Frankreich, den Benelux-Staaten, über Griechenland und die Türkei bis hin zu Dänemark und Norwegen. Das deutsche Kapitel spielt dabei eine besonders makabre Rolle. Hier nämlich werden ehemalige SS-Angehörige und gesuchte Nazigrößen wie Klaus Barbie und Hitlers Spionage-Chef Reinhardt Gehlen von amerikanischer Seite gedeckt und beim Aufbau der entsprechenden deutschen Organisationen eingesetzt. Die einzelnen Kapitel lesen sich zu meist wie Zusammenfassungen der Geschichte organisierter Kriminalität mit faschistoidem Hintergrund und der Aktivitäten moralisch völlig verkommener Killerkommandos, die vor nichts zurückschrecken. Dabei werden selbstverständlich alle Darstellungen ausführlich mit Quellenmaterial belegt.

Man kann bei der Lektüre dieses in vier-jähriger Forschungsarbeit entstandenen Werkes den Eindruck gewinnen, große Teile der europäischen Nachkriegsgeschichte müßten umgeschrieben werden. Angesichts offizieller Verlautbarungen über Terroranschläge, Staatsstriche, politische Morde und Verbrechen im Europa von 1945 bis 1990 ein Werk höchst notwendiger Aufklärung, dem jeder politisch interessierte Zeitgenosse viel verdanken wird. □

Sie wollen es,
wir haben es!
Inspirierende Lektüre

... zu bestellen unter: 030-822 52 11